

TOP 3.7.1

Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich

TOP 3.7.2

**Eurozone: Wirtschaftsaufschwung
muss bei allen ankommen – unabhängiger
Jahreswachstumsbericht 2018**

TOP 3.7.3

Digitalisierung – gerechte Steuern!

TOP 3.7.4

Aktueller Bericht

TOP 3.7.1 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich¹

Das WIFO erhöhte zum vierten Mal in Folge seine Wachstumsprognose. Diese liegt nun für 2018 bei 3,0% und für 2019 bei 2,2%. 2017 betrug das reale BIP-Wachstum 3,0%. Das rasche Wirtschaftswachstum hat eine weitere leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zur Folge. Die Arbeitslosenrate sinkt trotz anhaltend starken Angebotszuwachses von 5,6% 2017 auf 5,4% 2018 und 5,3% 2019. Das Budget wird durch den kräftigen Aufschwung weiter entlastet. Die Inflationsrate entspricht in den Jahren 2017-19 etwa dem Zielwert der EZB von 2%.

Die österreichische Wirtschaft verzeichnet 2017 und 2018 die höchsten Wachstumsraten seit dem Aufschwung 2010-2011 aus der schweren Rezession des Jahres 2009. Mit dem Abflauen der internationalen Konjunktur wird sich 2019 das Wirtschaftswachstum in Österreich verlangsamen. Von der raschen Expansion des Außenhandels profitierte 2017 insbesondere die Sachgüterproduktion. Ihre Produktion stieg stark, und die Kapazitätsauslastung erreichte Höchstwerte. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen weiter sehr stark zu, weil die Unternehmen ihre Produktionskapazitäten nochmals ausweiteten. Auch der Konsum der privaten Haushalte unterstützte das Wachstum. 2018 wird das Wirtschaftswachstum überwiegend von Investitionen und privatem Konsum getragen werden, wobei sich der Wachstumsbeitrag der Investitionen gegenüber dem Vorjahr etwas verringern wird. Hingegen wird der Beitrag des Außenhandels zum Wachstum 2018 deutlich höher sein als 2017.

Die internationale Konjunktur wird 2018 weiterhin kräftig sein. In den USA hält der Aufschwung an, auch wenn sich die Arbeitslosenquote schon nahe ihrem historischen Tiefpunkt befindet und die hohen Aktienkurse ein gewisses Konjunkturrisiko bilden. In China bleibt das Wirtschaftswachstum 2018 sehr hoch, schwächt sich allerdings gegenüber dem Vorjahr etwas ab. Das starke Wirtschaftswachstum im Euroraum ist breit fundiert und dürfte sich deutlich ins Jahr 2018 hineinziehen, bevor sich die Konjunktur allmählich abkühlt. Die Arbeitslosenquote ist die niedrigste seit fast 8 Jahren. Dazu ist freilich anzumerken, dass diese Quote im Euroraum noch immer um 1,5 Prozentpunkte über dem Vorkrisenniveau liegt. Das Ausbleiben von Inflationsdruck belegt, dass noch erhebliche Reserven auf den Arbeitsmärkten bestehen. Die Geldpolitik bleibt trotz allmählichen Auslaufens des Ankaufsprogramms expansiv. Auch von der Fiskalpolitik dürften 2018 keine bremsenden Effekte ausgehen. Von den drei großen Volkswirtschaften werden Deutschland (2,6%) etwas stärker, Frankreich (2,2%) und Italien (1,9%) etwas schwächer als die Wirtschaft des Euroraums insgesamt (2,4%) wachsen. Die österreichische Wachstumsrate wird 2018 somit sehr deutlich über jener des Euroraums liegen. Die für Österreich wichtigen MOEL-Volkswirtschaften weisen 2018 gegenüber dem Euroraum einen Wachstumsvorsprung von ca. 1 PP auf.

Aufgrund der günstigen internationalen Konjunktur wird in Österreich die rege Exportdynamik anhalten. 2018 wird sich der Export um 5,0% und 2019 um 4,3% erhöhen. Da sich das Importwachstum 2018 stärker verlangsamen wird als jenes der Ausfuhren, wird der Außenbeitrag zum Wachstum erheblich zunehmen.

Der private Konsum, eine Stütze der Konjunktur in der Spätphase eines Aufschwungs, wird 2018 trotz Auslaufens der stimulierenden Effekte der Steuerreform mit 1,7% noch etwas stärker steigen als im Vorjahr. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die erhebliche Beschäftigungsausweitung erhöhen die Ausgabebereitschaft der privaten Haushalte. Auch der reale Pro-Kopf-Bruttolohn wird nach einer Stagnation im Vorjahr im Jahr 2018 wieder etwas steigen (0,6%) und damit zur Konsumzunahme beitragen. Die Sparquote der privaten Haushalte geht allmählich wieder zurück.

¹Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 21. Dezember 2017

Das Wachstum der Sachgüterproduktion wird 2018 nochmals zulegen und auf 6,8% steigen. Wegen der hohen Kapazitätsauslastung und der anhaltend positiven Auftragserwartungen werden die Ausrüstungsinvestitionen auch 2018 kräftig ausgeweitet werden (5,0%), wenngleich nicht mehr so stark wie 2016 und 2017.

Die günstige Konjunktur schlägt sich auch auf dem heimischen Arbeitsmarkt nieder. 2018 wird die Zahl der unselbstständig aktiven Beschäftigten um 1,8% bzw. 66.000 und damit fast im Ausmaß des Vorjahrs zunehmen. Da sich der Angebotszuwachs verringert, wird der Beschäftigungsaufbau wieder stärker auf die Arbeitslosenquote durchschlagen als zuletzt. Die ALQ (in % der unselbstständigen Erwerbspersonen) wird 2018 auf 7,9% sinken. Mit dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit im Zuge der Wirtschaftskrise bildete sich allerdings eine Gruppe von Arbeitslosen heraus, die vom Konjunkturanstieg bislang nur wenig begünstigt wurde. Dementsprechend galten Ende 2017 bereits fast 40% der Arbeitslosen als langzeitbeschäftigungslos.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird 2018 von höheren Erdölpreisen, der anhaltenden Verteuerung von nicht-energetischen Industriegütern, der weiterhin deutlich überdurchschnittlichen Erhöhung von Wohnungsmieten sowie der Preise von Nahrungsmitteln und Bewirtungsdienstleistungen getrieben werden. Die Entwicklung der Lohnstückkosten bleibt aufgrund der Produktivitätssteigerung verhalten.

Die lebhafte Konjunktur begünstigt die Einnahmen der öffentlichen Haushalte. 2017 verringerte sich das Budgetdefizit lt. Maastricht-Definition von 1,6% des BIP aufgrund der höheren Steuereinnahmen auf 0,6%. Dieser Finanzierungssaldo des Staates wird sich 2018 und 2019 voraussichtlich weiter reduzieren, und zwar auf -0,4% bzw. -0,1%. Diese Prognosen erfolgten allerdings vor Bekanntgabe des Programms der neuen Bundesregierung.

Die wesentlichen Prognoserisiken sind abwärtsgerichtet. Dazu zählen ein „harter Brexit“, geopolitische Spannungen (auf der koreanischen Halbinsel und im Nahen Osten), die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar sowie der weitere Konjunkturverlauf in den USA und in China. Insbesondere in den USA ist eine Korrektur der Aktienkurse nach unten nicht auszuschließen.

Wichtigste Ergebnisse der WIFO-Prognose vom 21. Dezember 2017

	2015	2016	2017	2018	2019
	(Veränderung gegen das Vorjahr in Prozent)				
Bruttoinlandsprodukt					
Wirtschaftswachstum, real	+1,1	+1,5	+3,0	+3,0	+2,2
Wirtschaftswachstum, nominell	+3,4	+2,6	+4,8	+4,8	+4,0
Stundenproduktivität in der Gesamtwirtschaft	+1,9	-0,4	+1,0	+1,5	+1,0
Stundenproduktivität in der Sachgütererzeugung	+0,8	+0,6	+4,4	+5,6	+3,0
Private Konsumausgaben, real	+0,5	+1,5	+1,5	+1,7	+1,6
Bruttoanlageinvestitionen, real	+1,2	+3,7	+5,3	+3,3	+2,4
Ausrüstungen	+1,5	+8,6	+8,5	+5,0	+3,3
Bauten	+1,1	+1,1	+3,0	+1,5	+1,4
Herstellung von Waren, real	+0,6	+1,3	+6,4	+6,8	+3,4
Handel, real	+3,1	+1,4	+2,8	+2,8	+2,5
Warenexporte lt. Statistik Austria, real	+3,1	+1,9	+5,8	+5,5	+4,5
Warenimporte lt. Statistik Austria, real	+3,1	+3,1	+5,2	+4,5	+3,9
Leistungsbilanzüberschuss					
Mrd. €	+6,6	+7,5	+8,0	+9,2	+11,1
in % des BIP	+1,9	+2,1	+2,2	+2,4	+2,7
Verbraucherpreise	+0,9	+0,9	+2,1	+2,0	+1,9
Arbeitslosenquote					
in % der Erwerbspersonen ¹	5,7	6,0	5,6	5,4	5,3
in % der unselbstständigen Erwerbspersonen ¹	9,1	9,1	8,5	7,9	7,7
Arbeitslosigkeit in 1.000 Personen¹	354	357	340	320	312
Unselbstständig aktiv Beschäftigte²	+1,0	+1,6	+2,0	+1,8	+1,1
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer, nominell	+2,1	+2,3	+2,1	+2,6	+2,7
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
brutto	+1,2	+1,3	+0,0	+0,6	+0,7
netto	+0,7	+4,3	-0,1	+0,2	+0,3
Sparquote³	6,9	7,9	7,4	7,2	7,1
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+1,8	+2,1	+0,8	+1,4	+1,6
Sachgüterproduktion	+1,5	+2,1	-2,1	-2,4	+0,6
Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP⁴	-1,0	-1,6	-0,6	-0,4	-0,1

1 tatsächliche Werte

2 ohne Karenz-/KinderbetreuungsgeldbezieherInnen, Präsenzdienr und in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose SchulungsteilnehmerInnen

3 in Prozent des verfügbaren Einkommens - einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche

4 tatsächlicher Wert, gemäß Maastricht-Definition

Quelle: WIFO Prognose Dezember 2017

TOP 3.7.2 Eurozone: Wirtschaftsaufschwung muss bei allen ankommen – unabhängiger Jahreswachstumsbericht 2018

Am 4. Dezember wurde nun bereits zum vierten Mal mit Beteiligung der AK Wien der Independent Annual Growth Survey (iAGS) als Alternative zum Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission veröffentlicht. Anspruch ist es, wirtschaftspolitische Prioritäten für die Eurozone zu entwickeln. Projektpartner sind internationale Wirtschaftsforschungsinstitute (OFCE in Paris, ECLM in Kopenhagen, IMK in Düsseldorf). Der diesjährige Bericht umfasst – neben der Zusammenfassung – drei Kapitel: makroökonomischer Ausblick, verteilungs- und beschäftigungspolitische Ausgangslage sowie die Debatte über eine Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der Eurozone.

Wesentliche Inhalte sind: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Eurozone verbessert sich seit dem Vorjahr stetig, auch wenn die Krisenfolgen noch nicht überwunden sind. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich 2019 wieder den Stand von 2007 erreichen. Die umfangreichen Probleme bei Jobqualität und Einkommensverteilung werden hingegen dann noch immer bestehen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hängt – neben der Unterstützung durch Geld- und Budgetpolitik – vor allem von der Frage ab, ob die Einkommens- mit der Wirtschaftsentwicklung Schritt halten kann: Nur wenn die Löhne in der Eurozone wieder angemessen zunehmen, kann es zu einem anhaltenden Aufschwung kommen, der alle Menschen erreicht.

Neutrale Budgetpolitik trotz europäischer Budgetregeln?

2015 wirkte die Budgetpolitik in der Eurozone erstmals seit mehreren Jahren nicht mehr konjunkturdämpfend. Mit der wirtschaftlichen Normalisierung begann die Staatsverschuldung zu sinken. Mit einem Wert von 1,1 % des BIP im Jahr 2017 ist das Defizit der öffentlichen Haushalte bereits sehr niedrig und in einem Bereich, der eine Stabilität der Staatsfinanzen jedenfalls gewährleistet. Trotzdem besteht die Gefahr, dass die Budgetpolitik erneut zum Belastungsfaktor wird, da die europäischen Budgetregeln einen noch stärkeren Defizitabbau verlangen, auch wenn dieser konjunktur- und beschäftigungspolitisch kontraproduktiv wäre.

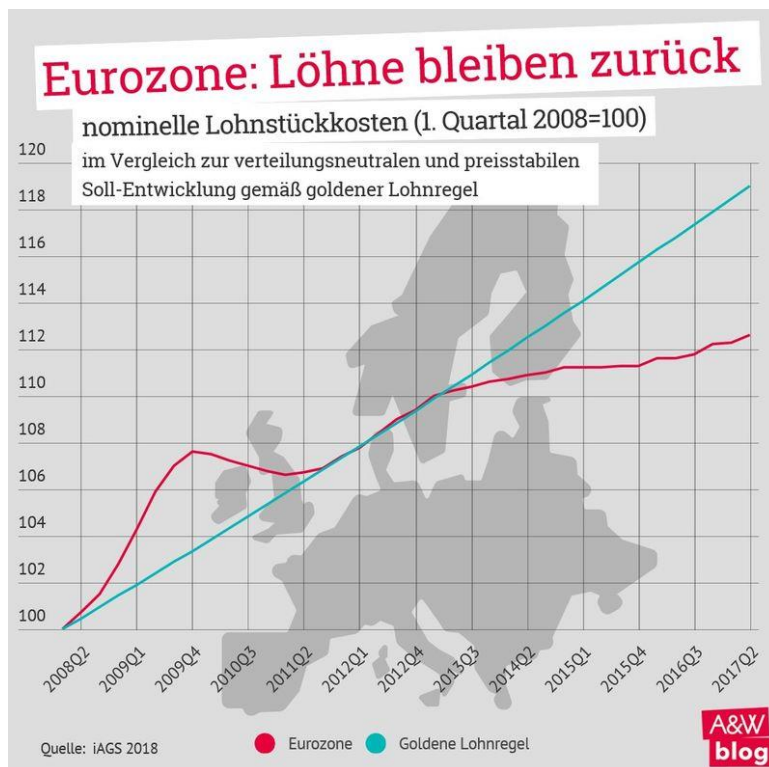
Die Europäische Kommission ist sich dieses Widerspruchs bewusst. Statt ihn jedoch durch einen Vorschlag zur Lockerung der Budgetregeln aufzulösen, bleibt sie in ihrem kürzlich vorgestellten Herbstpaket im Rahmen des europäischen Semesters bei ihrer schizophrenen Haltung: Einerseits empfiehlt sie der Eurozone insgesamt eine neutrale Budgetpolitik, andererseits rügt sie den Großteil ihrer Mitgliedstaaten (darunter auch Österreich) dafür, dass ihre Budgetpläne für 2018 hinter den Vorgaben gemäß Budgetregeln zurückbleiben bzw. ein Verfehlungsrisiko aufweisen.

Produktivitätsorientierte Lohnentwicklung als zentrale Frage

Relevanter als die Budgetpolitik ist derzeit allerdings die Lohnentwicklung. Diese war in den letzten Jahren von einem neuen lohnpolitischen Interventionismus insbesondere in der Peripherie geprägt. Dieser sollte Importe bremsen und Exporte beschleunigen, damit die hohen Auslandsverschuldungsquoten abgebaut werden können. Dies führte aber zu fatalen Folgen für die Menschen in Spanien und anderen

Krisenländern. Die Realeinkommen – und damit Konsummöglichkeiten – schrumpften, was zur Einschränkung des Lebensstandards, Deflationstendenzen und hoher Arbeitslosigkeit führte. Obendrein erschwerte die schlechte wirtschaftliche Entwicklung die Möglichkeit zum Schuldenabbau.

Dass es in der Eurozone insgesamt eine zu schwache Lohnentwicklung gibt, ist mittlerweile Konsens. Die Entwicklung der nominellen Lohnstückkosten, die zunehmend hinter der verteilungsneutralen und preisstabilen Benchmark (im letztjährigen iAGS als „goldene Lohnregel“ bezeichnet, die der in Österreich gängigen Benya-Formel bzw. produktivitätsorientierten Lohnpolitik entspricht) zurückbleibt, zeigt das deutlich:



Die schwache Lohnentwicklung gilt als wesentlicher Faktor für das relativ schwache Wachstum der Inlandsnachfrage in der Eurozone. Dies schmälert nicht nur die Absatzmöglichkeiten der Unternehmen – und damit Wirtschaftsleistung sowie Beschäftigung –, sondern trägt auch zum Aufbau globaler Ungleichgewichte in Form eines anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschusses der Eurozone bei.

Zu beachten bleibt beim Abbau allerdings die Differenz zwischen den Ländern. Aufgrund der sehr unterschiedlichen internationalen Nettovermögenspositionen sollten die Lohnstückkosten in der Peripherie zwar wachsen, aber weniger stark als in Deutschland und den Niederlanden, die für den Großteil des exzessiven Leistungsbilanzüberschusses der Eurozone verantwortlich sind. Nur wenn die Löhne in den letztgenannten Ländern stärker steigen als gemäß goldener Lohnregel geboten wäre, ließe sich eine für die Eurozone insgesamt angemessene Entwicklung erzielen.

Wohlsandsorientierte Reform der Eurozone gefragt

Über die kurzfristige wirtschaftspolitische Steuerung hinaus sollte die wirtschaftliche Stabilisierung dazu genutzt werden, Lehren aus der Krise zu ziehen und die europäische Wirtschaftspolitik grundsätzlich wohlsandsorientierter auszurichten. Nachhaltiger Wohlstand, Wohlbefinden und Aufwärtskonvergenz

– die auch in den europäischen Verträgen als oberste wirtschaftspolitische Ziele verankert sind – müssten in den Mittelpunkt der politischen Steuerung gerückt werden. Auch müsste die Wirtschafts- und Währungsunion durchlässiger für die Anliegen der Vielen werden, etwa durch eine umfassende Demokratisierung und die Einschränkung der einzelstaatlichen Vetomöglichkeiten bspw. in der Steuerpolitik. Zudem braucht es mehr Steuerungselemente auf zentraler Ebene, wie etwa soziale und wirtschaftliche Mindeststandards, ein Eurozonen-Budget, eine Bankenunion, Unterstützungsmechanismen bei asymmetrischen Schocks oder einen ernstzunehmenden sozialen Dialog.

Top 3.7.3 Digitalisierung – gerechte Steuern!

Die Veranstaltung

Am 6. Dezember 2017 fand im Bildungszentrum der AK Wien die Veranstaltung „Digitalisierung – gerechte Steuern!“ statt. Präsident Rudi Kaske eröffnete die Veranstaltung. Als Key Note Speakerin konnte die Steuerrechtsexpertin Prof Rita de la Feria, von der Universität Leeds, die sich intensiv mit den steuerlichen Herausforderungen der Digitalisierung beschäftigt, gewonnen werden. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Prof Georg Kofler von der Johannes Kepler Universität Linz, der auch für die AK Wien die Studie „Steuerliche Aspekte der Digitalisierung und Dezentralisierung“ verfasst hat, die Abgeordnete zum Europäischen Parlament Evelyn Regner, die sich im Europäischen Parlament durch ihre Tätigkeit in den Untersuchungsausschüssen zu den Panama Papers einen Namen gemacht hat, und Prof Rita de la Feria über die steuerlichen Herausforderungen der Digitalisierung. Die Veranstaltung wurde vom Journalisten Florian Klenk, der an der Veröffentlichung der Panama Papers maßgeblich mitgewirkt hat, moderiert. Die Veranstaltung wurde von rund 100 Personen besucht. In der ZIB 2 wurde am 6. Dezember 2017 die Veranstaltung im Rahmen eines Interviews mit Prof de la Feria entsprechend thematisiert.

Digitalisierung als Herausforderung für die Politik gerechtere Steuersysteme zu schaffen

Digitalisierung und Globalisierung haben zu einem dramatischen Umbruch in der Unternehmenslandschaft geführt. Für eine wachsende Zahl an Unternehmen sind heute weder Firmengebäude noch Maschinen das wertvollste Kapitalvermögen, sondern Algorithmen, Marken oder Datensätze. Solche immateriellen Werte werden in der Wertschöpfung immer entscheidender, sind aber physisch weder greifbar noch lokalisierbar. Globalisierung und Digitalisierung begünstigen eine Mobilität, die die Gewinnbesteuerung dieser digitalen Unternehmen zur Herausforderung macht. AK-Präsident Kaske forderte daher in seiner Eröffnungsrede von der Politik eine konsequente Umsetzung bereits vorgeschlagener Maßnahmen, die eine gerechte Besteuerung ermöglicht.

Die Herausforderung besteht darin, zunächst festzustellen, wo tatsächlich die Wertschöpfung entsteht, wo soll diese besteuert werden? Oder sollen die Gewinne grundsätzlich am Bestimmungsort besteuert werden? Wie sieht es mit der Umsatzsteuer und dem Warenversandhandel, wie mit der Plattformökonomie aus? Spannende Fragen zu einem höchst aktuellen Thema, die bei der Veranstaltung zur Diskussion gestellt wurden.

Rita de la Feria, Steuerrechts-Professorin von der Universität Leeds startete mit einem Input zu einem fairen und gerechten Steuersystem in der digitalen Wirtschaft und wies auf die Probleme in der Körperschaftsteuer und in der Umsatzsteuer hin. Die Digitalisierung verschärft insgesamt die Problematik der Gewinnverschiebungen im Unternehmenssteuerbereich und verursacht, dass die Steuersysteme immer ungerechter werden. Rita de la Feria sieht die Chance im Bestimmungslandprinzip, bei dem die Besteuerung in dem Land erfolgt, wo die Dienstleistung in Anspruch genommen oder die Produkte verkauft werden. Im Gegensatz zum Gewinn, könnten die Kunden letztlich nicht so leicht verschoben werden.

Steuersystem nicht mehr zeitgerecht

Evelyn Regner, Abgeordnete der S&D im EU-Parlament, ist durch ihre Tätigkeit ua in den Sonder- und Untersuchungsausschüssen zu Steuerthemen aktiv involviert und betont, dass die Umsetzung der gemeinsamen Bemessungsgrundlage in der Körperschaftsteuer vorangetrieben werden muss, jedoch mit einer raschen Konsolidierung und der Festsetzung eines Mindestsatzes als Voraussetzung. Sie hebt hervor, wie wichtig es ist, für mehr Transparenz zu sorgen, um Lösungsansätzen näher zu kommen. Professor Kofler, Steuerrechts-Professor der Universität Linz weist darauf hin, in der Ertragsbesteuerung dringend eine Neudefinition des Betriebsstättenbegriffs zu erreichen, um den Anforderungen einer digitalen Wirtschaft gerecht zu werden – digitale Betriebsstätte.